



Schwäbisch Gmünd, 01.07.2020  
Gemeinderatsdrucksache Nr. 123/2020

Vorlage an

**Gemeinderat**  
zur Bekanntgabe  
- öffentlich -

## **Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar bis 23. Juni 2020**

### **Anlagen:**

Finanzzwischenbericht Zeitraum Januar bis 23. Juni 2020

### **Vorbemerkung:**

In der Anlage legen wir den Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar 2020 bis 23. Juni 2020 vor. Es zeichnen sich folgende Entwicklungen ab:

#### **1. Ausgangslage / Corona-Krise**

Die deutsche Wirtschaft befindet sich aufgrund der Corona-Pandemie in einer bislang nie dagewesenen **Wirtschaftskrise**.

Die ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie sind nicht nur schwerwiegender als der Einbruch in der Finanzkrise 2009, sondern auch signifikanter als alle bislang dagewesenen Krisen seit Gründung der Bundesrepublik.

Aus diesem Grund rechnet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprognose damit, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 6,3 % sinken wird.

Die Binnenwirtschaft wird ebenfalls massiv in Mitleidenschaft gezogen. Für 2020 wird hier ein Rückgang des privaten Konsums von etwa 7,4 % prognostiziert.

Und auch den Arbeitsmarkt trifft die Wirtschaftskrise mit voller Wucht. So waren laut Ifo-Institut im Mai 2020 rd. 7,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Diese Zahl war noch nie so hoch. In der Finanzkrise 2009 lag der Gipfel der Kurzarbeit bei knapp 1,5 Millionen Menschen. Über 80 % dieser Kurzarbeiter waren in der Industrie beschäftigt. In der aktuellen Krise trifft die Kurzarbeit dagegen fast alle Wirtschaftszweige.



## 2. Wirtschaftliche Lage und finanzielle Rahmenbedingungen

Auf Grundlage der zu erwartenden erheblichen ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“, welcher zuletzt Mitte Mai 2020 getagt hat, **deutliche Rückgänge bei den Steuereinnahmen** vorhergesagt.

Für die Kommunen wurden bundesweit für 2020 Wenigereinnahmen von 15,6 Mrd. € (-13,3 %) gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Herbst 2019 prognostiziert; die Schätzjahre 2020 bis 2024 zeigten Einnahmeausfälle von 45,7 Mrd. €. Bezogen auf **Baden-Württemberg** dürften bei den Kommunen im Jahr **2020** Steuern in einer Größenordnung von **3,6 Mrd. € ausfallen**.

Für die **Stadt Schwäbisch Gmünd** sieht es nach der Mai-Steuerschätzung **derzeit** so aus, dass allein bei den drei großen Ertragspositionen Gewerbesteuer (-10 Mio. €), Finanzzuweisungen vom Land (-7,3 Mio. €) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (-3,7 Mio. €) mit erheblichen **Ertragsausfällen** in einer Größenordnung von deutlich **mehr als 20 Mio. €** gerechnet werden muss.

	Planwert 2020	Mai-Steuerschätzung	Delta
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	34.476.500	30.778.540	-3.697.960
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7.643.400	7.080.000	-563.400
Finanzzuweisungen	39.226.270	31.926.270	-7.300.000
Summe Mindererträge			-11.561.360

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sind die Auswirkungen der vom Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 beschlossenen temporären (01.07.2020 - 31.12.2020) Reduzierung der Mehrwertsteuersätze von 19% auf 16% bzw. von 7% auf 5% noch nicht enthalten.

Bei der Gewerbesteuer und der Vergnügungssteuer ergeben sich unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse folgende Prognosewerte:

	Planwert 2020	Prognose	Delta
Gewerbesteuer	28.000.000	18.000.000	-10.000.000
Gewerbesteuerumlage	2.579.000	1.657.948	-921.052
Vergnügungssteuer	1.296.000	1.080.000	-216.000
Summe Mindererträge			9.294.948

In der Summe werden bei der Allgemeinen Finanzwirtschaft für das Jahr 2020 nach jetzigem Stand saldierte **Mindererträge in Höhe von rd. 20,856 Mio. €** erwartet.



**Auf Jahressicht** könnte sich diese negative Entwicklung noch weiter verschärfen, da sich insbesondere bei der Gewerbesteuer die Situation täglich sehr dynamisch verändert. Aus heutiger Sicht ist ein prognostizierter **Gesamtsteuerausfall 2020** in einer Größenordnung von **30 Mio. €** durchaus nicht unrealistisch.

Insgesamt sind die Kommunen nicht in der Lage diese finanzielle Lücke selbst zu schließen.

Vielmehr sind Städte und Gemeinden, wie die Stadt Schwäbisch Gmünd, das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie halten vor Ort die Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Rathäuser, Bezirksämter, Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen, Sportplätze, Hallenbäder, usw.) sowie die notwendige öffentliche Infrastruktur (Straßen, Plätze, Brücken, Wasserversorgung und -entsorgung, etc.) vor und sind mit ihren Unterstützungsleistungen auch gesellschaftlicher und sozialer Stabilisator (u. a. in den Bereichen Senioren, Jugend, Vereine, Bürgerschaftliches Engagement, Wohnen).

Aus diesem Grund ist es erfreulich, dass sich Land und Bund grundsätzlich auf einen **Kommunalen Solidarpakt 2020** verständigt haben.

So soll es unter anderem einen pauschalierten Ausgleich der krisenbedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer geben. Die bundesweit angedachten 11,8 Mrd. € sollen je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern finanziert werden. Details hierzu stehen noch aus.

Und auch das Land sendet erste Signale, indem zur Liquiditätssicherung beim Kommunalen Finanzausgleich ein entsprechender Vorschuss geleistet wird. Hier bleibt ebenfalls abzuwarten, ob und wie der derzeitige Vorschuss final ausgestaltet wird und ob das Land letztlich zusätzliche Mittel bereitstellt.

Hinzu kommen, neben den zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von bisher rd. 167 Tsd. € zur unmittelbaren Eindämmung der Corona-Pandemie, enorme Ertragsausfälle bei den Gebühren und sonstigen Erträgen.

Hier rechnen wir nach derzeitigem Stand mit Ausfällen insbesondere bei den Elternbeiträgen für städtische Kindertageseinrichtungen sowie bei den öffentlichen Einrichtungen wie Musikschule, Stadtbibliothek und Museum. Innerhalb einer Umfrage der kommunalen Landesverbände zu Corona-bedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben wurden für diese Bereiche Mindereinnahmen in Höhe von rd. 410.000 € prognostiziert. Hinzu kommen noch ausfallende Elternbeiträge bei nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen bei denen die Stadt mit Mehraufwendungen von rd. 295 Tsd. € rechnet.

Aus der Soforthilfe für Familien des Landes wurden bisher zwei Abschlagszahlungen ausgezahlt. Die Stadt hat hieraus bisher 846.115,05 € erhalten. Die Soforthilfe soll vorwiegend für die vorstehend genannten Gebührenauffälle und die Erstattung an nichtstädtische Träger von Kindertageseinrichtungen verwendet werden.

Aus dem vom Gemeinderat beschlossenen Hilfsfonds „Gmünd hilft seiner Wirtschaft“ für Kleinbetriebe, Selbstständige und Startups wurden von den bereitgestellten 250.000 € Solforhilfen in Höhe von 157.250 € an 64 Antragsteller ausbezahlt. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens bei den investiven Maßnahmen wird auf die am 24.06.2020 im Haushaltsausschuss eingebrachte Gemeinderatsdrucksache 112/2020



„Neu-Priorisierung von investiven Maßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie – Corona-Ampel“ verwiesen.

### **3. Ergebnishaushalt:**

Die Summe der ordentlichen Erträge liegt derzeit bei rd. 75,04 Mio. €.

Bei den **Grundsteuern** A und B wird das Jahressoll aus heutiger Sicht nicht ganz erreicht.

Für die Gewerbesteuer, die Vergnügungssteuer, den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und die Finanzausweisungen vom Land wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.

Bei der **Hundesteuer** werden die Jahressteuerzahlungen im 1. Quartal fällig. Die Sollstellungen liegen mit rd. 260 Tsd. € bereits über dem geplanten Haushaltssoll von 250 Tsd. €.

Die **Finanzausgleichs- und Kreisumlage** liegt mit insgesamt 25,22 Mio. € auf dem geplanten Niveau.

Bei den **Personalausgaben** sind rd. 41% des Jahressolls ausgegeben. Für die Planung der Personalausgaben 2020 wurde eine Steigerung der Beschäftigtenentgelte auf Basis des aktuell geltenden Tarifabschlusses für die Beschäftigten gerechnet. Dieser hat eine Laufzeit vom 01.03.2018 bis 31.08.2020 und sieht Erhöhungen von 3,19% ab 01.03.2018, 3,09% ab 01.04.2019 und 1,06% ab 01.03.2020 vor. Ab 09/2020 wurde eine Tarifierhöhung von 2,5% berücksichtigt.

Derzeit geht die Verwaltung davon aus, dass die geplanten Personalausgaben in Höhe von 51,89 Mio. € auf Jahressicht nicht in voller Höhe benötigt werden.

Insgesamt belaufen sich die ordentlichen Aufwendungen auf 64,41 Mio. €.

Der etatisierte Globale Minderaufwand in Höhe von 1,5 Mio. € kann aus heutiger Sicht erwirtschaftet werden.

**Außerordentliche Aufwendungen** in Höhe von bisher rd. 167 Tsd. € sind insbesondere für Maßnahmen zur unmittelbaren Eindämmung der Corona-Pandemie angefallen.

### **4. Finanzhaushalt - Investitionen**

Aus der **Veräußerung von Sachvermögen einschließlich der im Kaufpreis enthaltenen Beiträge** sind bisher rd. 4,80 Mio. € eingegangen.

Für die Veräußerung von Bauplätzen sind 11,72 Mio. € im Haushalt 2020 etatisiert. Für Erschließungsbeiträge 3,646 Mio. €.

Insgesamt konnten im Berichtszeitraum bisher für 23 Wohnbauplätze Einnahmen verbucht werden. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren für 6 Bauplätze kassenmäßige Einnahmen zu verzeichnen.



Aus weiteren rd. 40 Bauplätzen in den Baugebieten „Teckstraße Süd“ in Hussenhofen, „Holder II“ in Großdeinbach, „Wohnen am Vogelhof“ und „Gmünder Feld III“ in Herlikofen können für das Jahr 2020 noch Einnahmen generiert werden.

Hinzu kommen noch vertraglich bereits fixierte Grunderlöse im Sanierungsgebiet Hardt.

Weitere Einnahmen werden aus der Veräußerungen von Gewerbeflächen erwartet. Inwieweit sich die Corona-Pandemie mit den verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die weitere Veräußerung von Grundstücken auswirkt, z.B. durch zeitliche Verschiebungen von Vertragsabschlüssen, bleibt abzuwarten. Deshalb kann zum jetzigen Zeitpunkt keine verlässliche Prognose für die bis zum Jahresende voraussichtlich erzielbaren Grundstückserlöse abgegeben werden.

**Einzahlungen aus Investitionszuwendungen (Zuschüsse und Zuweisungen)** werden entsprechend dem Baufortschritt abgerufen. Bisher sind kassenmäßig rd. 302 Tsd. € eingegangen. Im Vorfeld auf die Umstellung des Rechnungswesens zum 01.01.2020 wurden im Jahr 2019 Abschlagszahlungen in größerem Umfang angefordert bzw. Maßnahmen abgerechnet. Dies hat zur Folge, dass im ersten Halbjahr 2020 bisher nur 302 Tsd. € eingegangen sind. Im Jahresverlauf werden hier weitere Einnahmen durch Mittelabrufe bei den Zuschussgebern erwartet.

Eine **Kreditermächtigung** ist im Haushaltsplan für das Jahr 2020 nicht enthalten.

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** im Finanzhaushalt liegen bei rd. 9,039 Mio. €.

In **Baumaßnahmen** wurden rd. 4,736 Mio. € investiert. Der Ausgabenschwerpunkt im Berichtszeitraum lag auf folgenden Maßnahmen:

- Schiller-Realschule Generalsanierung
- Friedensschule Neugestaltung Außenanlage
- Mozartschule Hussenhofen Generalsanierung
- Uhlandschule Bettringen Umbau Fachräume Mitte/Süd
- Hans-Baldung-Gymnasium Erweiterung
- Schaffung Krippengruppe Sporthalle Katharinenstraße
- Sporthalle Katharinenstraße Sanierung des Gebäudes
- Bettringen Erschließung Gewerbegebiet Gügling Nord 4. BA
- Straßdorf Erschließung Baugebiet Käppelesäcker IV
- Ingenieurbauwerke Sanierung Remsbrücke (Ost)
- Neubau Einfädelspur Verteiler Ost B 29
- Hussenhofen Ersatzneubau Birkhofbrücke



- Bargau Neugestaltung Ortsmitte
- Straßdorf Platzgestaltung Ortsmitte Straßdorf
- Rechberg Ausbau Rohrackerweg, Erschließung Baugebiet "Hartäcker V"
- Sanierungsmaßnahme "Hardt"

Für den **Erwerb von Grundstücken** wurden bisher rd. 3,96 Mio. € von den im Haushalt 2020 geplanten 7,86 Mio. € investiert.

Beim **Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens** wurden bisher rd. 162 Tsd. € ausgegeben. Davon rd. 34 Tsd. € für Lehrmittel, Einrichtungsgegenstände, Sportgeräte und die digitale Medienentwicklung an städtischen Schulen und rd. 113 Tsd. € für die Freiwillige Feuerwehr.

**Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen** liegen in einer Höhe von rd. 22 Tsd. € vor. Geplant sind rd. 2.28 Mio. €. Wie bei den Einzahlungen aus Investitionszuwendungen wurden auch bei den Auszahlungen im Jahr 2019 einige Maßnahmen abgerechnet bzw. Teilzahlungen auf Nachweis der geleisteten Ausgaben erbracht, so dass im ersten Halbjahr 2020 nur ein verhältnismäßig geringer Betrag zur Auszahlung gekommen ist.

Aus dem Hilfsfonds „Gmünd hilft seiner Wirtschaft“ wurden von den bereitgestellten 250.000 € Soforthilfen 157.250 € an 64 Antragsteller ausbezahlt.

Für **ordentliche Tilgungen** wurden bisher wie geplant rd. 1,83 Mio. € (49%) ausgegeben.

In Anbetracht der Entwicklung des Ergebnishaushalts konnte im Haushalt 2020 (und in den Finanzplanungsjahren 2021-2023) **keine Sondertilgung** (Tilgungsfonds) etatisiert werden.